



Dr. Norbert R th

ist promovierter Volkswirt und seit 1981 im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tätig. Aktuell leitet er die Gruppe „Inlandsprodukt, Input-Output-Rechnung“. Seine Schwerpunkte liegen in der Konjunkturbeobachtung und Fragen der Kohärenz des Statistiksystems.



Albert Braakmann

ist Diplom- konom und hat in verschiedenen Bereichen der VGR gearbeitet, sowohl im Statistischen Bundesamt als auch bei Eurostat. Aktuell leitet er die Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“ und ist dort mit der administrativen Nutzung makroökonomischer Indikatoren befasst sowie der Verteilung, der Wohlfahrtsmessung und der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

BRUTTOINLANDSPRODUKT 2014

Dr. Norbert R th, Albert Braakmann und andere

▾ **Schlüsselwörter:** Volkswirtschaft – Inlandsprodukt – Einkommen – Staat – private Haushalte

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Artikel gibt einen ersten Überblick über die Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft des gerade abgelaufenen Jahres 2014. Insgesamt war die deutsche Wirtschaft trotz des weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds und der geopolitischen Krisen in einer soliden Verfassung. Bei der Zahl der Erwerbstätigen gab es 2014 einen neuen Höchststand. Zur wirtschaftlichen Belebung haben sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt beigetragen. Auf der Verwendungsseite war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die Staatshaushalte waren im Jahr 2014 weiter auf Konsolidierungskurs.

▾ **Keywords:** national economy – domestic product – income – general government – households

ABSTRACT

This article provides a first overview of the development of Germany's economy in 2014. Overall, the German economy turned out to be in solid shape despite a challenging global economic environment and various geopolitical crises. Employment reached another record high in 2014. Both industry and services as a whole contributed to the stimulation of the German economy. On the use side, final consumption expenditure was the main driving force for German economic growth. The process of consolidating government budgets continued in 2014.

1

Einleitung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres 2014. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2015 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2014 wurden komplett geschätzt, auch die Daten für den November beruhen nahezu vollständig auf Schätzungen. Auch für die davor liegenden Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 15. Januar 2015 als Pressemitteilung und in einer Pressekonferenz vorgestellt sowie in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 2014“, veröffentlicht (www.destatis.de/publikationen). Dieser frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bereits zum Jahresanfang eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt werden muss. Die aktuellen amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangsgröße für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich, deren Ergebnisse wiederum die Eckdaten für die Steuerschätzungen bilden. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal 2014 werden zu diesem frühen Zeitpunkt nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2014 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht in jedem Fall auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen einiger Größen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden, und zwar in länderscharfer Abgrenzung. Mit ersten Angaben für das Jahr 2014 ist hier voraussichtlich im April 2015 zu rechnen. Ausführliche Informationen zu regionalen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden sich im Internet unter www.vgrdl.de.

Alle in diesem Aufsatz präsentierten Ergebnisse basieren auf den neuen Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), auf das die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Rahmen der Generalrevision 2014 im August/September 2014 umgestellt wurden. (Räth/Braakmann, 2014)

2

Entstehung des Inlandsprodukts

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes kam die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2014 trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds und der Verunsicherungen aufgrund der geopolitischen Krisen zu einem beachtlichen Wirtschaftswachstum. In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 mit 2 903 Milliarden Euro um 3,3 % höher als im Vorjahr. [↘ Tabelle 1](#)

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in jeweiligen Preisen

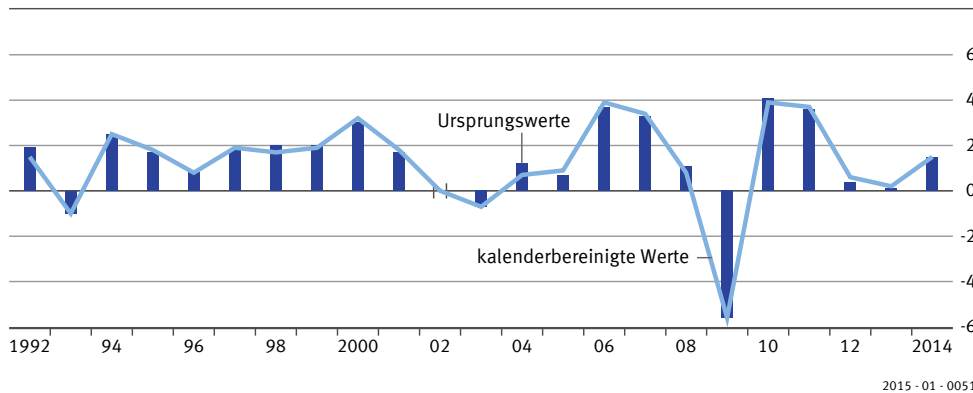
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹	Bruttonationaleinkommen (Spalte 1 + 2)
	1	2	3
Mrd. EUR			
2012	2 749,9	72,3	2 822,2
2013	2 809,5	72,4	2 881,9
2014	2 903,2	71,6	2 974,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	in %	in Mrd. EUR	in %
2013	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1
2014	+ 3,3	- 0,8	+ 3,2

¹ Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleisteter Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,5 % höher als im Vorjahr, kalenderbereinigt lag die Wachstumsrate ebenfalls bei 1,5 %. In den vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt nur moderat gewachsen, im Jahr 2013 um 0,1 % und im Jahr 2012 um 0,4 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 sogar über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre

Grafik 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
preisbereinigt, Veranderung gegenuber dem Vorjahr in %



in Hohede von 1,2% lag. Die konjunkturelle Lage hat sich im Jahr 2014 nach einem schwungvollen Jahresauftakt und einer folgenden Schwachephase im Sommer dann zum Jahresende wieder stabilisiert und wurde vor allem von einer starken Binnennachfrage getragen. [↘ Grafik 1](#)

Bruttoinlandsprodukt

Veranderung gegenuber dem Vorjahr in %

	preisbereinigt, verkettet	kalenderbereinigt
2000	+ 3,0	+ 3,2
2001	+ 1,7	+ 1,8
2002	+ 0,0	+ 0,0
2003	- 0,7	- 0,7
2004	+ 1,2	+ 0,7
2005	+ 0,7	+ 0,9
2006	+ 3,7	+ 3,9
2007	+ 3,3	+ 3,4
2008	+ 1,1	+ 0,8
2009	- 5,6	- 5,6
2010	+ 4,1	+ 3,9
2011	+ 3,6	+ 3,7
2012	+ 0,4	+ 0,6
2013	+ 0,1	+ 0,2
2014	+ 1,5	+ 1,5

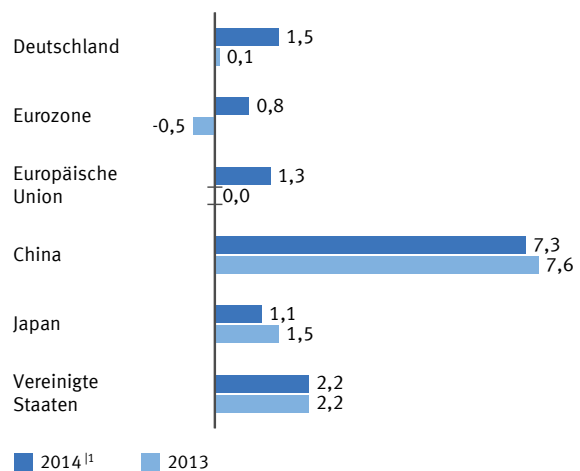
Im europaischen Vergleich liegt Deutschland im Jahr 2014 mit einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,5% mit im Vorderfeld. Der Abstand auf den europaischen Durchschnitt hat sich aber verringert. Nachdem es in den Jahren 2012 und 2013 in zahlreichen Landern noch teils kraftige Ruckgange gegeben hatte, wird 2014 fur fast alle europaischen Lander mit einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum

Vorjahr gerechnet. Fur die nun 19 Lander der Eurozone wird insgesamt ein Anstieg um 0,8% erwartet, fur die Europaische Union (EU) insgesamt sogar von 1,3%. Dieses Bild zeigt sich jedenfalls bei den im Herbst 2014 von der Europaischen Kommission prognostizierten Werten. Bei großen auereuropaischen Landern geht die Kommission davon aus, dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten mit +2,2% etwas starker, die japanische Wirtschaft mit +1,1% aber etwas schwacher gewachsen sein durfte. Fur China wird ein weiterhin starkes, aber verlangsamtes Wachstum von +7,3% prognostiziert.

[↘ Grafik 2](#)

Grafik 2

Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich
Veranderung gegenuber dem Vorjahr in %



¹ Europaische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2014, außer fur Deutschland. Fur Deutschland erstes vorlaufiges Ergebnis.

Tabelle 2

Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹

	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²	Geleistete Arbeitsstunden ³	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter: Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000			Mill.	Index (2010 = 100)		
2012	42 033	37 489	2 224	57 763	104,0	101,5	102,6
2013	42 281	37 824	2 182	57 608	104,1	101,0	103,0
2014	42 652	38 247	2 105	58 416	105,7	101,6	103,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2013	+ 0,6	+ 0,9	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,5	+ 0,4
2014	+ 0,9	+ 1,1	- 3,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,1

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2010=100) je durchschnittlich Erwerbstätigen.

2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

3 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2014 von 42,7 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 371 000 Personen oder 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2014 höher aus als im Jahr 2013, in dem die Zahl der Erwerbstätigen um 248 000 Personen oder 0,6 % gewachsen war. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Erwerbstätigen 2014 im achten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Die Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und eine insgesamt gestiegene Erwerbsneigung dürften diese Entwicklung weiterhin begünstigt haben. [↗ Tabelle 2](#)

Weit überdurchschnittliche Zuwächse gab es – wie schon in den Vorjahren – auch im Jahr 2014 bei der Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, während marginale Beschäftigungsformen, zu denen die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung (Minijobs), kurzfristige Beschäftigungen und Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zählen, weiterhin ebenso rückläufig waren wie die Zahl der Beamten (einschließlich Berufssoldaten). Insgesamt wuchs die Zahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 2014 um 423 000 Personen (+ 1,1 %) auf 38,2 Millionen. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger sank dagegen im selben Zeitraum um 52 000 Personen (- 1,2 %) auf rund 4,4 Millionen.

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung betrug die Zahl der Erwerbslosen nach international vereinbarter Definition im Jahresdurchschnitt 2014 in Deutschland gut 2,1 Millionen Personen. Dies entspricht einem leichten Rückgang um 77 000 Personen (- 3,5 %) gegenüber dem Jahresdurchschnitt

2013. Die Erwerbslosenquote, definiert als der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank von 4,9 % im Jahr 2013 auf 4,7 % im Jahr 2014. Damit liegt die Erwerbslosigkeit in Deutschland weiter deutlich niedriger als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Zahl der Erwerbslosen wird in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst, die in Deutschland derzeit in den Mikrozensus integriert ist.

Im Jahresdurchschnitt 2014 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 2,9 Millionen. Das waren 52 000 weniger registrierte Arbeitslose (- 1,8 %) als im Durchschnitt des Vorjahres. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,9 % im Jahr 2013 auf 6,7 % im Jahr 2014.

Neben den Erwerbstätigen spielt der Kapitalstock beziehungsweise das Anlagevermögen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Mit der Generalrevision 2014 zur Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 hat der Kapitalstock durch die Kapitalisierung von Forschung und Entwicklung sowie von militärischen Waffensystemen eine erhebliche Erweiterung erfahren. Das Anlagevermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt und dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen sowie militärische Waffensysteme; geistiges Eigentum bestehend aus Forschung und Entwicklung sowie den bisher

Bruttoanlagevermögen, Kapitalproduktivit t und Kapitalintensität

	Bruttoanlagevermögen ¹		Kapitalproduktivit�t ²	Kapitalintensität ³
	Wiederbeschaffungspreise	preisbereinigt, verkettet		
	Mrd. EUR	2010 = 100		
2012	15 745	102,3	101,6	99,9
2013	16 177	103,4	100,7	100,3
2014	16 573	104,5	101,1	100,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2013	+ 2,7	+ 1,0	- 0,9	+ 0,4
2014	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2

1 Bestand am Jahresende.
 2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100.
 3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je Erwerbstätigen (umgerechnet auf Messzahlen 2010 = 100).

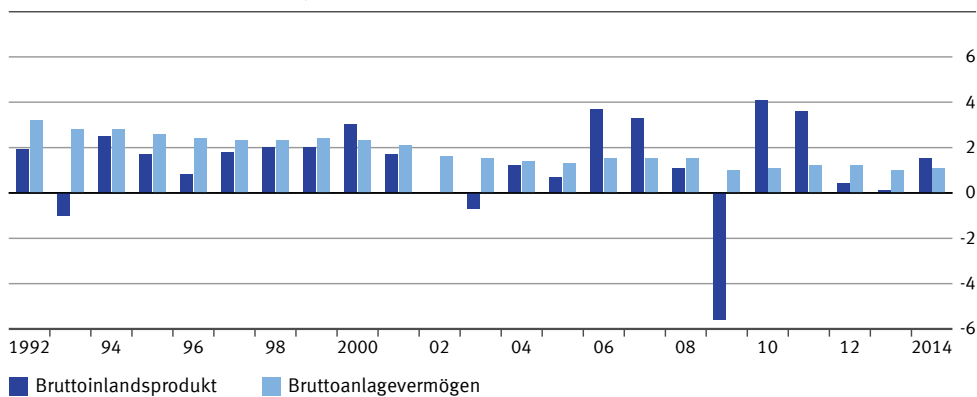
als immaterielle Anlagen bezeichneten Urheberrechten, Suchbohrungen sowie Software und Datenbanken; außerdem Nutztiere und Nutzpflanzungen. Das Anlagevermögen wird aus den Investitionen der Vergangenheit und den gesch tzten durchschnittlichen Nutzungsdauern der verschiedenen Anlageg tergruppen ermittelt. Als Indikator für die Entwicklung des Kapitalstocks dient der Kettenindex für das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen. Abgeleitet aus dem Anlagevermögen werden die volkswirtschaftlichen Abschreibungen; sie sind ein Maß für die Nutzung beziehungsweise den Wertverzehr des Anlagevermögens in einer Periode.

Am Jahresende 2014 waren in der deutschen Volkswirtschaft Anlagegüter mit einem Neuwert von 16,6 Billionen Euro für Produktionszwecke vorhanden. Preisbereinigt waren es 4,5 % mehr Anlagegüter als 2010 und

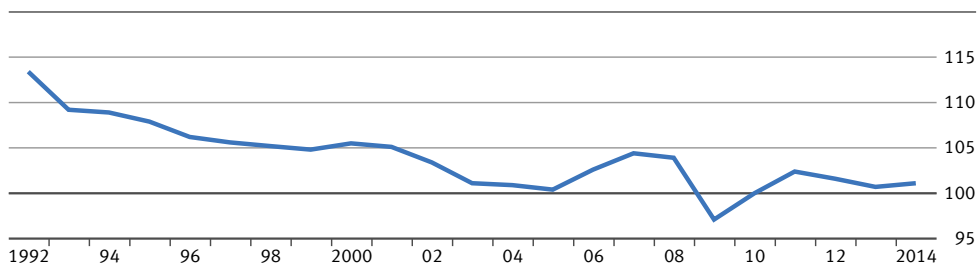
1,1 % mehr als 2013. Die Kapitalproduktivit t ist im Jahr 2014 um 0,4 % gestiegen, weil das Bruttoinlandsprodukt mit 1,5 % stärker als der Kapitalstock gewachsen ist. In den Jahren 2012 und 2013 war die Kapitalproduktivit t um 0,8 % und 0,9 % gesunken. Wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben, zeigt die Kapitalintensität. Dazu wird das Bruttoanlagevermögen am Jahresende in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2014 waren je Erwerbstätigen (im Durchschnitt der Volkswirtschaft) Anlagegüter mit einem Neuwert, das heißt zu Wiederbeschaffungspreisen, von rund 388 600 Euro vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen im Jahr 2014 preisbereinigt um 0,2 % gestiegen, im Jahr zuvor betrug die Steigerung 0,4 %. [Grafik 3](#)

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den auf internatio-

Grafik 3
 Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttoanlagevermögen
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Entwicklung der Kapitalproduktivit t
 2010 = 100



2015 - 01 - 0053

naler Ebene harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Die Bruttowertschöpfung und der Produktionswert der Wirtschaftsbereiche werden somit ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt. Gütersteuern und Gütersubventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten oder gehandelten Gütern sind (zum Beispiel Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche hinzugefügt.

Die Ergebnisse nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen zeigen, dass zum wirtschaftlichen Wachstum im Jahr 2014 sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt mit einer Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um jeweils 1,4 % beigetragen haben. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei konnte nach einer

Abschwächung im Vorjahr ein außergewöhnlich hoher Zuwachs erzielt werden (+6,0%). Auch im Baugewerbe kam es – unter anderem begünstigt durch die extrem milde Witterung in den Wintermonaten – im Jahr 2014 zu einem kräftigen Anstieg der wirtschaftlichen Leistung um 2,7 %; im Vorjahr hatte es im Baugewerbe noch einen Rückgang gegeben. Rückläufige Baugenehmigungen (Rauminhalt – neue Gebäude) als vorauslaufender Indikator in der Bauwirtschaft (von Januar bis November 2014 ein Rückgang um 1,7 % und für die zeitnahen Monate Juli bis November 2014 um 5,2 %, jeweils im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum) deuten auf eine Abschwächung der Baukonjunktur hin. Das Produzierende Gewerbe, das auch ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht, konnte ebenfalls spürbar um 1,1 % zulegen. Das lag vor allem am stark exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe, wo es trotz einer leichten Schwächephase im Sommer im Jahresdurchschnitt wieder aufwärts ging (+2,0%). Im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden ging die reale Bruttowertschöpfung im Jahr 2014 dagegen preisbereinigt zurück (–2,9%). Auch in der Energie- und Wasserversorgung, einem weiteren Unterbereich des Produzierenden Gewerbes, kam es im Jahr 2014 zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung (–4,1%). [↘ Tabelle 3](#)

Tabelle 3
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	Bruttowertschöpfung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche							
			zusammen	darunter:		zusammen	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanz- und Versicherungsdienstleister	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleister	Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Dienstleister
				Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe								
in jeweiligen Preisen													
Mrd. EUR													
2012	2 470,2	21,6	757,9	558,7	112,0	1 690,7	390,0	117,2	102,4	277,5	260,5	441,8	101,4
2013	2 525,6	21,7	775,7	561,3	116,5	1 728,3	393,4	118,0	103,2	281,3	270,3	458,4	103,8
2014	2 611,9	20,2	800,6	581,2	124,3	1 791,1	406,1	122,1	104,3	289,6	284,5	476,6	107,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2013	+ 2,2	+ 0,4	+ 2,3	+ 0,5	+ 4,0	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,4
2014	+ 3,4	– 6,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 6,7	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,5	+ 1,1	+ 2,9	+ 5,2	+ 4,0	+ 4,0
preisbereinigt													
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2013	+ 0,1	– 1,9	+ 0,1	+ 0,3	– 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,2	– 1,5	+ 0,5	+ 0,9	– 0,1	– 1,6
2014	+ 1,4	+ 6,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	– 0,5	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,4

Einen Anstieg der wirtschaftlichen Entwicklung verzeichnete im Jahr 2014 der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+ 2,1%). Diese Zunahme der realen Wirtschaftsleistung resultierte aus einem überdurchschnittlichen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Kraftfahrzeughandel (+ 3,1%) und im Verkehr einschließlich Lagerei (+ 3,0%). Im letztgenannten Wirtschaftsbereich wirkte sich dabei auch die stabile wirtschaftliche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes aus. Im Gastgewerbe hat sich die seit einigen Jahren zu beobachtende positive Entwicklung fortgesetzt: Die Bruttowertschöpfung fiel in diesem Bereich im Jahr 2014 mit einem preisbereinigten Anstieg um 2,8% deutlich höher aus als im Jahr 2013 (+ 1,1%). Innerhalb des Wirtschaftsbereichs Handel konnte der Einzelhandel (+ 1,3%) – auch aufgrund der gestiegenen Binnennachfrage – geringfügig stärker zulegen als der Bereich Großhandel einschließlich Handelsvermittlung (+ 1,2%).

Bei den weiteren Dienstleistungsbereichen hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 unterschiedlich entwickelt: Mit am stärksten ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit 3,9% im Bereich der IT- und Informationsdienstleister gestiegen. Bei dem zusammengefassten Bereich der Unternehmensdienstleister fiel die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung mit 2,0% höher aus als im Jahr 2013 (+ 0,9%). In der Zeitarbeitsbranche, in der sich die gesteigerte Nachfrage vor allem aus der Industrie besonders auswirkte, stieg die reale Bruttowertschöpfung wieder deutlich um + 2,7% nach dem Rückgang von 5,3% im Jahr 2013. Zu einem erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung kam es im Jahr 2014 im Wirtschaftsbereich der Finanz- und Versicherungsdienstleister (– 0,5%). Im Bereich der sonstigen Dienstleister, zu denen beispielsweise die verschiedenen kulturellen Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen, das Spiel-, Wett- und Lotteriewesen, die sportlichen Einrichtungen und die Interessenvertretungen zählen, kam es im Jahr 2014 zu einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,4%. Ebenso konnte das Grundstücks- und Wohnungswesen, das auch den Teilbereich der Wohnungsvermietung umfasst, die Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr steigern (+ 1,0%). Im zusammengefassten Bereich der Öffentlichen Dienstleister, Erziehung, Gesundheit kam es im Jahr 2014 wieder zu einer Zunahme der realen Bruttowertschöpfung um preisbereinigt 1,1%, nachdem

im Jahr 2013 ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (– 0,1%).

Bei den aktuellen Berechnungen wird in vielen Dienstleistungsbereichen wegen unzulänglicher Informationen zum Umsatz ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen. Aus diesen Informationen werden dann unter Berücksichtigung der (zurückliegenden) Produktivitätsentwicklungen die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet. Daneben werden für die Wirtschaftsbereiche des Verkehrs und der Telekommunikation die vierteljährlichen Ergebnisse der Konjunkturstatistik in den Dienstleistungen verwendet. Neben der Entwicklung des Arbeitsvolumens werden für einzelne Unterbereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen zusätzlich auch spezifische aktuelle Informationen, beispielsweise im Gesundheitswesen die Ausgabenentwicklung der Krankenkassen, laufend berücksichtigt. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg nach den eher wachstumsschwachen Jahren 2012 (+ 0,5%) und 2013 (+ 0,1%) im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,4%. Damit fiel der Anstieg der Bruttowertschöpfung um 0,1% niedriger aus als der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Demzufolge führten die Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) zu einer unterschiedlichen Entwicklung von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen nahm im Berichtsjahr 2014 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 3,4% zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt lag um 3,3% über dem Ergebnis des Vorjahres. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Gewisse Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu den Veränderungsraten der preisbereinigten Werte ziehen; allerdings sind dabei die Effekte der getrennten Deflationierung von Produktionswert und Vorleistungen zu beachten (sogenannte doppelte Deflationierung). Anhand der nominalen Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche lässt sich auch die Struktur der Wirtschaft und deren Wandel im Zeitablauf darstellen. Im Jahr 2014 hat sich die Wirtschaftsstruktur nach

den Verwerfungen infolge der Wirtschaftskrise 2009 wieder weiter normalisiert. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 geringfügig gesunken (um 0,2 Prozentpunkte), liegt aber nach wie vor noch bei über einem Viertel (25,9%) der Gesamtwirtschaft. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der nominalen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung stieg von 68,4% im Jahr 2013 auf 68,6% im Jahr 2014.

3

Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1%, die des Staates um 1,0%. Die Bruttoinvestitionen, die sich aus den Bruttoanlageinvestitionen – das sind Ausrüstungsinvestitionen, Bau-

investitionen und Sonstige Anlagen – sowie den Vorratsveränderungen zusammensetzen, waren preisbereinigt um 1,7% höher als im Vorjahr. Maßgeblich für diesen Zuwachs waren die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten: In Ausrüstungen investierten Staat und Unternehmen zusammen 3,7% mehr als ein Jahr zuvor und die Bauinvestitionen lagen preisbereinigt um 3,4% höher als im Vorjahr. Gebremst wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 allerdings durch einen Vorratsabbau. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik: Deutschland exportierte preisbereinigt 3,7% mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten aber fast genauso stark zu (+3,3%). Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – leistete dadurch einen vergleichsweise geringen Beitrag von +0,4 Prozentpunkten zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Im Folgenden werden die Ergebnisse im Einzelnen beschrieben. [↪ Tabelle 4 und Grafik 4](#)

Tabelle 4

Verwendung des Inlandsprodukts

Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung											Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Nachrichtlich		
	insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen								Exporte	Importe	
		zusammen	private Konsumausgaben	Konsumausgaben des Staates	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen			Vorratsveränderungen und Nettzugang an Wertsachen	von Waren und Dienstleistungen					
					zusammen	Ausrüstungen ¹	Bauten	sonstige Anlagen ²							
in jeweiligen Preisen															
Mrd. EUR															
2012	2 749,9	2 588,2	2 060,8	1 539,5	521,3	527,4	551,2	181,7	273,9	95,6	- 23,9	161,7	1 262,9	1 101,1	
2013	2 809,5	2 646,2	2 112,7	1 571,5	541,2	533,5	555,8	177,9	279,2	98,8	- 22,3	163,3	1 280,1	1 116,9	
2014	2 903,2	2 714,0	2 165,4	1 603,9	561,5	548,6	579,4	184,4	292,9	102,1	- 30,8	189,2	1 325,6	1 136,4	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr															
in %															
2013	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 3,8	+ 1,2	+ 0,8	- 2,1	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	
2014	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 3,7	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,7	+ 4,9	+ 3,3	- 8,5	+ 25,9	+ 3,6	+ 1,7	
preisbereinigt															
Veränderung gegenüber dem Vorjahr															
in %															
2013	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6	- 2,4	- 0,1	+ 1,3	+ 0,2	- 0,5	+ 1,6	+ 3,1	
2014	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,4	+ 1,2	- 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 3,3	

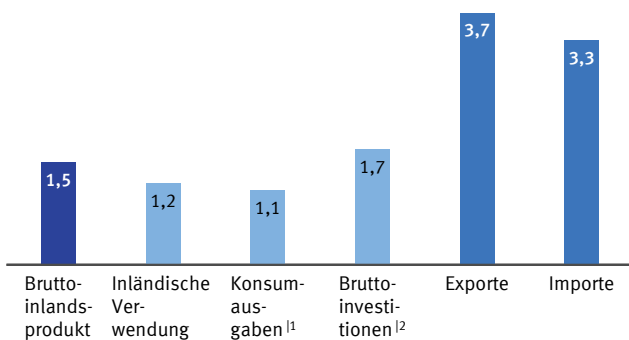
1 Einschließlich militärischer Waffensysteme.

2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

3 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Grafik 4

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2014
preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Private und staatliche Konsumausgaben.
2 Bruttoanlageinvestitionen, Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen.
2015 - 01 - 0054

Die privaten Konsumausgaben lagen im Jahr 2014 in jeweiligen Preisen 2,1 % über dem Wert des Vorjahres. Damit stiegen sie fast genauso stark wie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+ 2,2 %, siehe hierzu auch Kapitel 5 und Tabelle 12). Preisbereinigt nahmen die privaten Konsumausgaben im Vorjahresvergleich um 1,1 % zu – der implizite Preisanstieg lag somit bei 1,0 %.

Die Tabelle 5 zu den Ausgabenkategorien der privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen zeigt, dass die privaten Haushalte im Jahr 2014 für fast alle Verwen-

dungszwecke mehr Geld als im Vorjahr ausgegeben haben. Eine Ausnahme bildet der Bereich Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe. Hier sind die Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Zwar stiegen die Ausgaben für das Wohnen, dem standen aber Preisrückgänge gegenüber bei Heizöl (–7,9%) und Flüssiggas (–7,9%) sowie ein nur leichter Preisanstieg für Erdgas (+0,1%). Für Strom mussten die privaten Haushalte hingegen bei einem Preisanstieg um 1,9% ebenfalls mehr bezahlen, der Preisanstieg fiel allerdings nicht mehr so stark aus wie im Vorjahr.

▸ **Tabelle 5**

Die Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stiegen mit 2,8 % schwächer als im Vorjahr (2013: + 3,4%). Dies liegt im Wesentlichen an einer niedrigeren Preissteigerung für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Die Konsumausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung stiegen mit 1,7 % schwächer als der Durchschnitt. Ursache hierfür ist unter anderem der Preisrückgang bei den Kraftstoffen.

Die Konsumausgaben des Staates waren 2014 in jeweiligen Preisen 3,7 % höher als im Vorjahr; preisbereinigt ergab sich eine Zunahme um 1,0%. Dabei lagen die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen um 2,7 % und die der Sozialversicherung um 5,2 % über den Vorjahreswerten. Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion

Tabelle 5

Private Konsumausgaben
in jeweiligen Preisen

	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	darunter: Käufe nach Verwendungszwecken ¹						
			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke ²		
		Mrd. EUR						EUR	
2012	1 539,5	1 497,4	196,7	357,1	247,7	141,5	517,0	42,1	18 793
2013	1 571,5	1 527,7	203,4	367,4	247,4	143,5	524,5	43,8	19 141
2014	1 603,9	1 558,5	209,1	367,3	251,6	147,2	540,7	45,5	19 464
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2013	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,4	+ 2,9	– 0,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 4,1	+ 1,9
2014	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8	– 0,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,7

1 Käufe der privaten Haushalte im Inland.
2 Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, Gesundheitspflege, Bildungswesen, Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

Tabelle 6

Konsumausgaben des Staates

	Insgesamt (Spalte 2 + 5 – 7 + 8)	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹		Verkäufe von Waren und Dienst- leistungen ²	Soziale Sach- leistungen	Nachrichtlich: Konsumaus- gaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	zusammen	darunter: Arbeit- nehmer- entgelt			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Mrd. EUR									
2012	521,3	116,7	107,8	8,9	264,6	209,6	75,8	215,8	492,2
2013	541,2	120,9	111,9	9,0	271,6	214,4	78,2	226,9	511,4
2014	561,5	125,5	116,4	9,2	279,3	220,4	82,8	239,5	531,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2013	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,9
2014	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 6,0	+ 5,6	+ 4,0

1 Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen.
2 Einschließlich Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

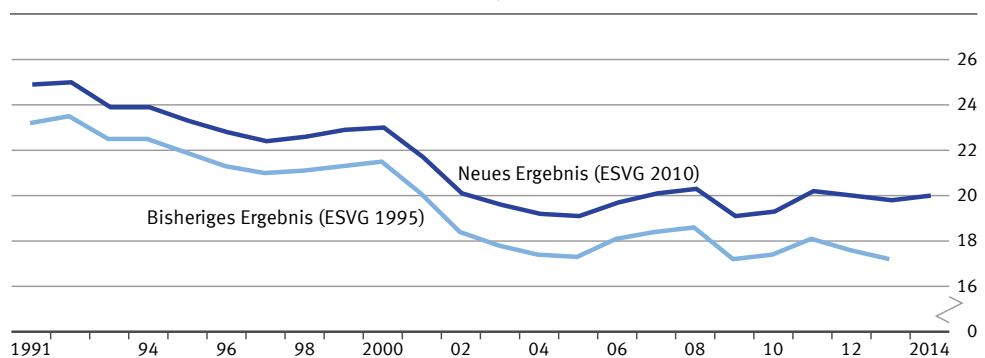
staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus den Verkäufen dieser Leistungen sowie abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion waren vom Staat 2,8% mehr aufzuwenden als noch im Vorjahr. Der Verbrauch an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion des Staates stieg um 3,8% im Jahr 2014. Für soziale Sachleistungen gab der Staat 5,6% mehr aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion waren im Berichtsjahr um 6,6% höher als ein Jahr zuvor. Wesentliche Gründe für diese Entwicklungen sind im Kapitel 5 zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates dargestellt. [↘ Tabelle 6](#)

Die Bruttoanlageinvestitionen erhalten durch die Einbeziehung von Forschung und Entwicklung im Rahmen der Generalrevision 2014 gesamtwirtschaftlich ein deutlich höheres Gewicht. (Adler und andere, 2014) Die sogenannte Investitionsquote (gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) hat sich wegen der erweiterten Investitionsabgrenzung um

rund 2 Prozentpunkte in der gesamten Zeitreihe seit 1991 erhöht und liegt aktuell im Jahr 2014 bei 20,0%. Allerdings bleibt das Bild einer langfristig fallenden Investitionsquote auch nach der Methodenänderung bestehen. Die Investitionsquote lag im Jahr 1991 bei 24,9%, sie ist im Zeitraum von 1991 bis 2002 fast kontinuierlich gesunken und bewegt sich seitdem etwa bei 20%. In der aktuellen politischen Debatte steht die Frage, ob es in Deutschland eine „Investitionslücke“ gibt, weit vorne auf der Agenda. Allerdings zeigt sich für das Jahr 2014 nach den ersten vorläufigen Berechnungen eine deutlich aufgehellte Investitionskonjunktur. Gesamtwirtschaftlich stiegen die Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen um 4,2% und preisbereinigt um 3,1% gegenüber dem Vorjahr. Demgegenüber war in den beiden vorangegangenen Jahren preisbereinigt sogar ein Rückgang der

Grafik 5

Investitionsquote vor und nach Revision
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in %



2015 - 01 - 0055

Tabelle 7

Bruttoanlageinvestitionen

	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹		
	insgesamt	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen ²	nicht staatliche Sektoren	Staat ²	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
2012	551,2	489,2	62,1	181,7	168,5	13,2	273,9	240,7	33,1	95,6	79,9	15,7
2013	555,8	493,0	62,9	177,9	165,6	12,3	279,2	244,8	34,4	98,8	82,6	16,2
2014	579,4	514,1	65,3	184,4	172,1	12,3	292,9	256,7	36,2	102,1	85,3	16,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2013	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	- 2,1	- 1,7	- 7,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4
2014	+ 4,2	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,9	+ 0,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,9
preisbereinigt												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2013	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 2,4	- 1,9	- 7,7	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 2,0
2014	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,9	+ 1,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 4,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,5

1 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

2 Einschließlich militärischer Waffensysteme.

Bruttoanlageinvestitionen zu verzeichnen, im Jahr 2013 um -0,6% und im Jahr 2012 um -0,7%. [↪ Grafik 5 und Tabelle 7](#)

Die Ausrüstungsinvestitionen werden seit der Generalrevision 2014 aggregiert mit den (rein staatlichen) Investitionen in militärische Waffensysteme veröffentlicht. Die Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen nach der G terstrommethode basiert unter anderem auf detaillierten Informationen der Produktions- sowie der Außenhandelsstatistik. Zum Ende des Berichtsjahres 2014 liegen allerdings lediglich die Daten der ersten beiden Quartale nahezu vollständig vor, während für das dritte und vor allem für das vierte Berichtsquartal ergänzende Schätzungen erforderlich sind. Die hier dargestellten Resultate sind mithin noch vorläufig. Sie zeigen gleichwohl, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen nach zwei Jahren mit Rückgängen von jeweils mehr als 2% in jeweiligen Preisen (2012: -2,2%, 2013: -2,1%) im Jahr 2014 mit einer Zunahme um 3,7% wieder konsolidieren konnten. Die preisbereinigten Ergebnisse vermitteln ein sehr ähnliches Bild.

Die Bauinvestitionen sind nach ersten Berechnungen im Jahr 2014 preisbereinigt kräftig um 3,4% gestiegen, nachdem sie im Berichtsjahr 2013 nahezu stagnierten (-0,1%). Maßgeblich hierfür waren vor allem die guten Witterungsverhältnisse im ersten Quartal, die zudem wegen der ungünstigen Witterung im Jahr davor zu einer

zweistelligen Wachstumsrate zu Beginn des Jahres führten. Dies traf vor allem auf den Tiefbau und hier insbesondere auf den öffentlichen Tiefbau zu: Die Investitionen im Straßenbau legten im Jahr 2014 real um 7,8% und im sonstigen öffentlichen Tiefbau um 5,6% zu, sodass der öffentliche Tiefbau insgesamt ein Wachstum von 6,8% verzeichnen konnte. Der gewerbliche Tiefbau konnte im Jahr 2014 hingegen nur unterdurchschnittlich um 2,5% zulegen. Nur die Investitionen im öffentlichen Hochbau hatten einen Rückgang um 2,1% zu verzeichnen, während sie im gewerblichen Hochbau um 2,8% zunahmen. Die Wohnungsbauinvestitionen steigen bereits seit fünf Jahren stärker als die Bauinvestitionen insgesamt an. Im Jahr 2014 lag ihre reale Veränderungsrate mit +3,7% besonders hoch, nachdem sie im Vorjahr nur leicht um 0,6% angestiegen waren. Für die Bauinvestitionen insgesamt lagen die Preissteigerungen im Berichtsjahr 2014 durchschnittlich bei 1,5%. Im Vorjahr war ein Anstieg der Baupreise um 2,0% verzeichnet worden.

Die Investitionen in sonstige Anlagen haben sich mit der Generalrevision 2014 durch die Hinzunahme von Forschung und Entwicklung mehr als verdreifacht. Sie bestehen nun zu etwa zwei Dritteln aus Investitionen in Forschung und Entwicklung und zu rund einem Viertel aus Investitionen in erworbene und selbstgestellte Software sowie in Datenbanken. Das verbleibende Zehntel

setzt sich zusammen aus Investitionen in Urheberrechte, Suchbohrungen sowie Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen. Die neu abgegrenzten sonstigen Anlageinvestitionen nahmen in den letzten zehn Jahren insgesamt stetig zu; nur im Krisenjahr 2009 sanken die privaten Investitionen geringfügig. In den Jahren 2013 und 2014 stiegen die Investitionen in sonstige Anlagen um jeweils +3,3% in jeweiligen Preisen, wobei sich die privaten und staatlichen Anlagen ähnlich entwickelten. Preisbereinigt waren die gesamtwirtschaftlichen Veränderungsraten 2013 und 2014 mit +1,3% und +1,2% deutlich gedämpfter. Zu beachten ist, dass die Daten zu den sonstigen Anlagen vor allem für das jüngste Berichtsjahr überwiegend auf dem Wege indikatorbasierter Schätzungen ermittelt werden.

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt wird ermittelt, indem die Importe von Waren und Dienstleistungen von den Exporten von Waren und Dienstleistungen abgezogen werden, jeweils in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er erreichte in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2014 mit rund 189 Milliarden Euro abermals einen Höchststand. Im Vergleich zum Jahr 2013 ist der nominale Außenbeitrag deutlich um knapp 26 Milliarden Euro gestiegen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Exportüberschuss 6,5% im Jahr 2014, nach 5,8% im Jahr 2013. Der nominale Exportüberschuss 2014 resultierte

aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 229 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (- 39 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr lag der Warenhandelsüberschuss im Jahr 2014 um etwa 20 Milliarden Euro höher, das Defizit im Dienstleistungsverkehr verringerte sich um rund 6 Milliarden Euro. [↪ Tabelle 8](#)

Preisbereinigt stiegen die Exporte im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 3,7%, die Importe erhöhten sich mit +3,3% etwas weniger stark. Der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags – also des Saldos der grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungstransaktionen – zum Bruttoinlandsprodukt war daher positiv und belief sich auf 0,4 Prozentpunkte. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet, der bei den Importen (+4,4%) stärker ausfiel als bei den Exporten (+4,0%). Die Dienstleistungsexporte und -importe entwickelten sich preisbereinigt gegenläufig: Während die Dienstleistungsexporte um 2,5% stiegen, sanken die Dienstleistungsimporte um 0,5%. Da die Exportpreise insgesamt (nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) mit -0,2% weniger stark zurückgingen als die Importpreise mit -1,5%, verbesserten sich die Terms of Trade 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,4%. Hier dürfte sich

Tabelle 8
Exporte und Importe

	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
2012	1 262,9	1 073,9	188,9	1 101,1	877,0	224,2	161,7
2013	1 280,1	1 081,4	198,7	1 116,9	872,5	244,3	163,3
2014	1 325,6	1 118,8	206,8	1 136,4	890,2	246,2	189,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							
2013	+ 1,4	+ 0,7	+ 5,2	+ 1,4	- 0,5	+ 9,0	+ 1,5
2014	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,8	+ 25,9
preisbereinigt							
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							
2013	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,0	+ 7,5	- 0,5
2014	+ 3,7	+ 4,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,4	- 0,5	+ 0,4

1 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

insbesondere der Rückgang der Ölpreise niedergeschlagen haben.

Eine regionale Betrachtung der Warenausfuhr und -einfuhr wird durch die nominalen Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) ermöglicht. Da die Ergebnisse noch nicht für das gesamte Jahr 2014 vorliegen, kann die Entwicklung gegen Ende des Jahres hier noch nicht berücksichtigt werden. In den ersten zehn Monaten 2014 stiegen die deutschen Warenausfuhr in die Länder der Europäischen Union im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,1 %, wobei die Warenausfuhr in die Länder der Eurozone mit + 2,6 % deutlich weniger stark zunahm als in die EU-Länder der Nicht-Eurozone (+9,6%). Die Ausfuhr in Drittländer stiegen lediglich um 1,7%. Die Wareneinfuhr (Ursprungslandprinzip) aus den Ländern der Europäischen Union lagen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 um 4,1 % über dem Vorjahresniveau. Die Wareneinfuhr aus der Eurozone nahmen um 2,8 % zu, während die Wareneinfuhr aus den EU-Ländern der Nicht-Eurozone mit + 6,5 % deutlich stärker anstiegen. Die Wareneinfuhr aus Drittstaaten gingen hingegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht zurück (–0,6 %).

Der Handelsbilanzüberschuss in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 in Höhe von 181 Milliarden Euro wurde nach den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik überwiegend im Warenverkehr mit den EU-Staaten erwirtschaftet (103 Milliarden Euro, davon 53 Milliarden Euro im Warenverkehr mit Ländern der Eurozone). Handelsbilanz bersch sse konnten dabei beispielsweise mit Frankreich (+ 29 Milliarden Euro), dem Vereinigten

Königreich (+ 35 Milliarden Euro) und den Vereinigten Staaten (+ 39 Milliarden Euro) erzielt werden. Au enhandelsdefizite waren in diesem Zeitraum dagegen im Warenverkehr mit den Niederlanden (– 13 Milliarden Euro), Norwegen (– 9 Milliarden Euro) und der Russischen Föderation (– 7 Milliarden Euro) zu verzeichnen.

4

Gesamtwirtschaftliche Einkommen, Vermögensbildung und Verteilung des Volkseinkommens

Im abgelaufenen Jahr 2014 hat sich das Bruttonationaleinkommen – die umfassendste gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße – um nominal 3,2 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da die per saldo empfangenen Primäreinkommen aus der übrigen Welt mit +71,6 Milliarden Euro geringfügig unter dem Vorjahresniveau lagen (+72,4 Milliarden Euro), fiel die Zunahme des Bruttonationaleinkommens etwas niedriger aus als die des Bruttoinlandsproduktes (+ 3,3 %). [↘ Tabelle 9](#)

Die aus dem Ausland empfangenen Primäreinkommen haben sich im Vorjahresvergleich ebenso reduziert (– 1,5 %) wie die an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen (– 1,7 %), sodass sich der positive Saldo der grenzüberschreitenden Primäreinkommen nur wenig geändert hat. Dominiert werden die grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den Vermögenseinkommen. Dazu zählen Zinsen, die ausgeschütteten grenz ber-

Tabelle 9
Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2012	2 749,9	+ 72,3	2 822,2	490,8	2 331,5	– 35,6	2 295,9	2 060,8	235,1	+ 1,1	36,6	199,6	161,7
2013	2 809,5	+ 72,4	2 881,9	502,1	2 379,8	– 41,6	2 338,2	2 112,7	225,5	+ 2,1	31,4	196,1	163,3
2014	2 903,2	+ 71,6	2 974,8	512,4	2 462,4	– 38,4	2 424,0	2 165,4	258,6	+ 2,8	36,2	225,2	189,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2013	+ 2,2	X	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	X	+ 1,8	+ 2,5	– 4,1	X	– 14,2	X	X
2014	+ 3,3	X	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,5	X	+ 3,7	+ 2,5	+ 14,7	X	+ 15,3	X	X

schreitenden Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen und von ausländischen Tochterunternehmen sowie entstandene Gewinne, die unmittelbar im Ausland wieder investiert werden (reinvestierte Gewinne). Die aus dem Ausland erhaltenen Zinszahlungen sind um 3,4 % gefallen, die an das Ausland gezahlten Zinsen haben sich um 4,7 % reduziert. Dagegen sind die aus der übrigen Welt erhaltenen Ausschüttungen einschließlich dort verbliebener reinvestierter Gewinne deutscher Unternehmen auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die an die übrige Welt geleisteten Ausschüttungen einschließlich der im Inland verbliebenen reinvestierten Gewinne ausländischer Eigner lagen im Jahr 2014 um 1,6 % über dem Vorjahrswert. Bei der Analyse dieser aus der Zahlungsbilanzstatistik stammenden Daten ist zu beachten, dass zu einem so frühen Zeitpunkt noch eine Reihe von Ausgangsstatistiken fehlen und somit später spürbare Korrekturen erfolgen können.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	2014	Veränderung gegenüber 2013
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	202,9	- 1,5
Arbeitnehmerentgelt	12,0	+ 4,3
Vermögenseinkommen	185,5	- 1,8
Subventionen	5,4	- 1,2
Primäreinkommen an die übrige Welt	131,3	- 1,7
Arbeitnehmerentgelt	9,7	+ 3,0
Vermögenseinkommen	117,2	- 2,2
Produktions- und Importabgaben	4,3	+ 0,5

Sowohl das an Einpendler gezahlte (+ 3,0 %) als auch das von in Deutschland wohnenden Auspendlern empfangene Arbeitnehmerentgelt aus dem Ausland (+ 4,3 %) erhöhten sich im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr. Die an die EU gezahlten Produktions- und Importabgaben, dies sind abzuführende Zolleinnahmen¹, veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr kaum (+ 0,5 %). Die von der EU an Deutschland gezahlten Subventionen fielen etwas geringer aus (- 1,2 %).

1 Seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im September 2014 zählen die an die EU abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel zur Kategorie laufende Transfers und nicht mehr – wie zuvor – zu den Produktionsabgaben.

Die beim Übergang vom Bruttokonzept zur Nettodarstellung abzuziehenden gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen sind 2014 um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Damit ergibt sich ein Anstieg beim Nettotionaleinkommen von 3,5 %. Der traditionell negative Saldo von empfangenen abzüglich an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers lag im abgelaufenen Jahr bei - 38,4 Milliarden Euro. Größte Einzelposition davon sind mit gut 23 Milliarden Euro die an die Europäische Union gezahlten BNE-Eigenmittel. Hinzu kommen unter anderem die an die EU geleisteten Mehrwertsteuer-Eigenmittel, geleistete Rentenzahlungen an im Ausland lebende Deutsche und ehemals in Deutschland beschäftigte Ausländer, Transfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sowie Heimatüberweisungen von in Deutschland lebenden Ausländern. Das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2014 einen Wert von 2 424 Milliarden Euro und lag damit 3,7 % über dem Vorjahresniveau.

Mit einem Anstieg um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr lag die Zunahme der Konsumausgaben der Inländer 2014 deutlich unter dem Anstieg des verfügbaren Einkommens in der Volkswirtschaft. Im Einzelnen legten die Konsumausgaben des Staates um 3,7 % und die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck um 2,1 % zu. Da die gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben im Vergleich zum verfügbaren Einkommen weniger stiegen, kam es beim gesamtwirtschaftlichen Sparen zu einem deutlichen Plus (14,7 %). Die Nettoinvestitionen, das heißt die Bruttoinvestitionen abzüglich gesamtwirtschaftlicher Abschreibungen, sind im abgelaufenen Jahr mit 36,2 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2013 etwas höher ausgefallen. Damit lag das gesamtwirtschaftliche Sparen (258,6 Milliarden Euro) im Jahr 2014 siebenmal so hoch wie die Nettoinvestitionen.

Aus der Differenz von hohem gesamtwirtschaftlichem Sparen bei vergleichsweise geringen Nettoinvestitionen ergibt sich ein weiter deutlich gestiegener Finanzierungsüberschuss gegenüber dem Ausland. Mit 225,2 Milliarden Euro lag er um fast 30 Milliarden Euro über dem Vorjahreswert. Dieser hohe außenwirtschaftliche Überschuss ist vor allem auf den nochmals gestiegenen Überschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber dem Ausland (Außenbeitrag) auf jetzt 189,2 Milliarden Euro zurückzuführen. Hinzu kommen die per saldo empfangenen Primäreinkommen (71,6 Milliarden

Tabelle 10

Verteilung des Volkseinkommens

	Nettonational- einkommen	Produktions- und Importabgaben abz�uglich Subventionen ¹	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inl�ander)	Unternehmens- und Verm�ogenseinkommen	
1	2	3	4	5	6	
Mrd. EUR					%	
2012	2 331,5	276,1	2 055,3	1 389,7	665,7	67,6
2013	2 379,8	279,8	2 099,9	1 428,3	671,6	68,0
2014	2 462,4	286,6	2 175,8	1 481,7	694,2	68,1
Veränderung gegen�uber dem Vorjahr in %						
2013	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,8	+ 0,9	X
2014	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,4	X

1 Vom Staat empfangene Abgaben beziehungsweise vom Staat gezahlte Subventionen.

Euro) abz uglich der per saldo geleisteten laufenden Transfers (38,4 Milliarden Euro) und den per saldo empfangenen Verm ogenstransfers (2,8 Milliarden Euro) aus der übrigen Welt.

Mit + 3,5 % stieg das Volkseinkommen, das der Summe der Erwerbs- und Verm ogenseinkommen der inl andischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr. Um vom Nettonationaleinkommen zum Volkseinkommen zu gelangen, muss der Saldo aus den vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben minus den vom Staat gezahlten Subventionen in H ohe von 286,6 Milliarden Euro vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden. [↘ Tabelle 10](#)

Das Arbeitnehmerentgelt nach dem Inl anderkonzept ist im Jahr 2014 um 3,7 % auf 1 481,7 Milliarden Euro gestiegen. Es ist damit um fast einen Prozentpunkt st arker gewachsen als im Jahr 2013, f ur das eine Veränderungsrate von 2,8% errechnet wurde. Im Zeitraum von

2010 bis 2014 lag die durchschnittliche Veränderungsrate des Arbeitnehmerentgelts bei + 3,5 %, im Vergleich hierzu liegt die Veränderungsrate 2014 etwas h oher. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, betrug 68,1 %, das waren 0,1 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2013. [↘ Tabelle 11](#)

Die Unternehmens- und Verm ogenseinkommen sind im Berichtsjahr mit + 3,4 % auf 694,2 Milliarden Euro deutlich st arker gestiegen als im Jahr zuvor, f ur das ein Plus von 0,9 % verbucht wurde. Bei der Interpretation ist zu ber ucksichtigen, dass Unternehmens- und Verm ogenseinkommen auch den privaten Haushalten zufließen. Es sollte zudem beachtet werden, dass diese Einkommen aufgrund unzureichender Datenquellen nicht origin ar, sondern als Saldo aus dem in der Entstehungsrechnung als Restgr oe ermittelten Nettobetriebs uberschuss und den grenz uberschreitenden Verm ogenseinkommen errechnet werden. Aus diesem Grund weisen die Unter-

Tabelle 11

Arbeitnehmerentgelt (Inl ander)

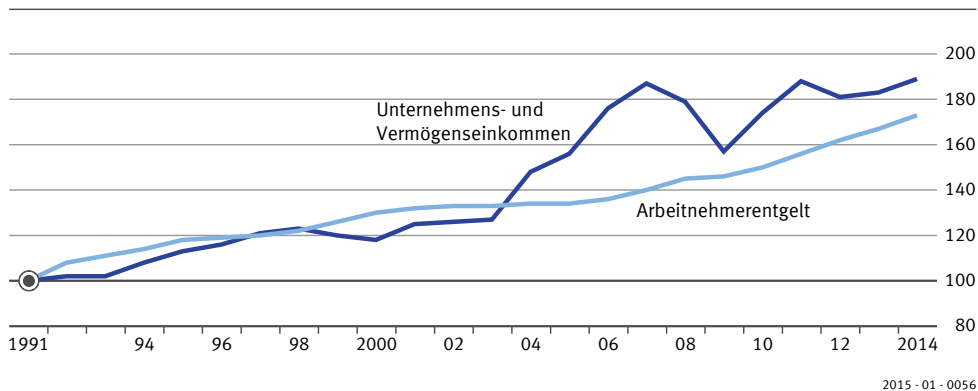
	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeitr�age der Arbeitgeber ¹	Bruttol�ohne und -geh�alter	Abz�uge der Arbeitnehmer			Nettol�ohne und -geh�alter
				insgesamt	Sozialbeitr�age	Lohnsteuer ²	
Mrd. EUR							
2012	1 389,7	258,0	1 131,7	375,3	197,1	178,2	756,4
2013	1 428,3	262,8	1 165,5	388,3	201,4	186,9	777,2
2014	1 481,7	270,9	1 210,8	405,5	208,9	196,6	805,2
Veränderung gegen�uber dem Vorjahr in %							
2013	+ 2,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 4,9	+ 2,8
2014	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,6

1 Tats achliche und unterstellte Sozialbeitr age. Zu den unterstellten Sozialbeitr agen geh oren insbesondere Beitr age f ur die Altersvorsorge der Beamten und ähnliches.
2 Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Grafik 6

Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland

1991 = 100



nehmens- und Vermögenseinkommen gewisse Unschärfen auf. [↘ Grafik 6](#)

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen und ist ein Maß für die Kosten des Faktors Arbeit. Die Bruttolöhne und -gehälter waren 2014 mit 1 210,8 Milliarden Euro um 3,9% höher als im Jahr 2013. Dieser Zuwachs resultiert zum einen aus einem Anstieg der jährlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 2,7% und zum anderen aus einer im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% höheren Arbeitnehmerzahl. Der Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter war im ersten Halbjahr 2014 – auch aufgrund vergleichsweise hoher Tarifabschlüsse zu Beginn des Jahres – etwas stärker als im zweiten Halbjahr. Nach ersten Berechnungen haben sich die Effektivverdienste im Jahr 2014 etwas schwächer entwickelt als die Tariflöhne.

Betrachtet man für die im Inland beschäftigten Arbeitnehmer die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer differenziert nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen, zeigt sich, dass es überdurchschnittliche Lohnerhöhungen im Bereich Information und Kommunikation (+ 3,7%), bei den sonstigen Dienstleistern (+ 3,6%) sowie bei den Unternehmensdienstleistern (+ 3,1%) gab. Einen Rückgang verzeichneten demgegenüber die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – sie waren 2014 um 0,3% niedriger als im Jahr zuvor. Das ist auch auf eine starke Zunahme des Anteils der geringfügig Beschäftigten, also Personen mit weit unterdurchschnittlichem Einkommen, in der Landwirtschaft

zurückzuführen. In den übrigen (zusammengefassten) Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter zwischen +2,6% und +2,9%. Zu berücksichtigen ist, dass die diesen Ergebnissen zugrunde liegenden Berechnungen am aktuellen Rand hohe Schätzanteile aufweisen. Darüber hinaus können auch strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer beeinflussen.

Der Arbeitsmarkt hat sich auch im Jahr 2014 weiter positiv entwickelt. Die Zahl der im Inland beschäftigten Arbeitnehmer ist gegenüber dem Vorjahr um 1,1% auf rund 38,2 Millionen Personen gestiegen, wobei die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen überproportionalen Zuwachs verzeichneten. Bei bereichsweiser Betrachtung verbuchten im Berichtsjahr der Bereich Information und Kommunikation (+ 2,0%), die Unternehmensdienstleister (+ 2,4%) sowie – allerdings auf niedrigem Niveau – der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 4,8%) einen überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs. Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern ist die Zahl der Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr mit –0,3% zum fünften Mal in Folge zurückgegangen. In den übrigen (zusammengefassten) Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate zwischen +0,4% und +1,7%.

Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen war im Jahr 2014 um 0,6% höher als im vorangegangenen Jahr. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet, ist die Arbeitsproduktivität nur um 0,1% gestiegen, weil die von den Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden gegenüber dem Vor-

jahr stärker angestiegen sind (+1,4%) als die Zahl der Erwerbstätigen (+0,9%). Die Lohnstückkosten werden in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung als Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer beziehungsweise je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität gerechnet. Da die Lohnkosten sowohl je Arbeitnehmer als auch je Arbeitnehmerstunde mit +2,6% beziehungsweise +1,8% erheblich stärker zugenommen haben als die Arbeitsproduktivität, sind auch die Lohnstückkosten gestiegen: Im Jahr 2014 waren sie nach dem Personenkonzept gerechnet um 1,9% und nach dem Stundenkonzept um 1,8% höher als im Vorjahr. In den Jahren 2012 und 2013 waren die Lohnstückkosten jeweils um durchschnittlich 2,8% (Personenkonzept) beziehungsweise 2,6% (Stundenkonzept) gestiegen.

Wie aus Tabelle 11 hervorgeht, waren die Sozialbeiträge der Arbeitgeber im Berichtsjahr um 3,1% höher als im Jahr 2013. Während die unterstellten Sozialbeiträge, die insbesondere die (rechnerischen) Beiträge für die Altersversorgung der Beamten umfassen, um 1,1% zulegten, waren die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber um 3,4% höher als im Vorjahr. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sind um 3,7% gewachsen. Bei im Vergleich zum vorangegangenen Jahr unveränderten Beitragssätzen spiegelt sich in der Veränderung des Beitragsaufkommens insbesondere die positive Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung wider, darüber hinaus aber auch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in den einzelnen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer der Arbeitnehmer ab – das Lohnsteueraufkommen war 2014 um 5,2% höher als im Jahr zuvor –, ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter. Sie waren mit 805,2 Milliarden Euro um 3,6% höher als im Jahr 2013. Die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind um rund 2,4% gewachsen und liegen damit merklich über der Zunahme der Verbraucherpreise (+0,9%).

5

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) hat sich im abgelaufenen Jahr 2014 um 2,2% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Preisindex der privaten Konsumausgaben für das Jahr 2014 eine Preiserhöhung von 1,0% anzeigt, sind die realen Einkommen aber nur um 1,2% gestiegen. [↘ Tabelle 12](#)

Wie im Kapitel zuvor erläutert, nahm die Summe der Nettolöhne und -gehälter 2014 um 3,6% im Vorjahresvergleich zu. Mit einem Anteil von knapp 47% waren die Nettolöhne und -gehälter auch im Jahr 2014 die gröſste Komponente des verfügbaren Einkommens. Seit dem Jahr 2006, in dem die Nettolöhne und -gehälter weniger als 43% zum verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte beitrugen, hat sich deren Bedeutung vor allem aufgrund der zurzeit guten Beschäftigungslage wieder deutlich erhöht. Anfang der 1990er-Jahre machten die Nettolöhne und -gehälter jedoch noch mehr als 48% des verfügbaren Einkommens privater Haushalte aus.

Im vergangenen Jahr sind die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen, das heißt der Betriebsüberschuss und die Selbstständigeneinkommen sowie die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen, vor Abzug der direkten Steuern leicht um 0,9% gefallen (2013: +0,6%). Bei den Vermögenseinkommen handelt es sich um empfangene abzüglich geleisteter Zinsen, Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen sowie den privaten Haushalten fortlaufend zugerechnete Vermögenserträge aus kapitalbildenden Alterssicherungssystemen und Versicherungen. Auch Entnahmen der Eigentümer von Personengesellschaften aus ihren Unternehmen werden den Vermögenseinkommen zugerechnet. Da für Entnahmen und auch für die Gewinneinkommen von Selbstständigen und Einzelunternehmern keine originären Ausgangsstatistiken vorliegen, können diese nur mittels Restrechnungen ermittelt werden. Dies hat zur Folge, dass es in den folgenden Überarbeitungen gerade bei Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit zu deutlichen Revisionen kommen

Tabelle 12

Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹

1	Nettolöhne und -gehälter	2	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	3	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	7	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8	Private Konsumausgaben	9	Sparen (Spalte 6 + 7 – 8)	10	Nachrichtlich: Sparquote (Spalte 9 in % von Spalte 6 + 7)	
						4	5										
						Abgaben auf Sozialleistungen ²	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ³										
Mrd. EUR															%		
2012	756,4	580,2	480,5	83,9	81,3	1 651,9	47,1	1 539,5	159,5	9,4							
2013	777,2	583,4	492,1	86,4	85,0	1 681,3	47,2	1 571,5	157,0	9,1							
2014	805,2	578,1	504,9	87,8	81,8	1 718,6	48,2	1 603,9	162,9	9,2							
Veränderung gegenüber dem Vorjahr																	
	in %					in Mrd. EUR		in %									
2013	+ 2,8	+ 0,6	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,1	- 1,6	X							
2014	+ 3,6	- 0,9	+ 2,6	+ 1,5	- 3,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,8	X							

¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen.

³ Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich empfangene Schadenversicherungsleistungen, Transfers an die übrige Welt.

kann. Zum Selbstständigeneinkommen zählen auch Einkommen aus der Vermietung von Wohnungen. Unterstellte Mieten für eigengenutztes Wohneigentum sind Teil des Betriebsüberschusses privater Haushalte. Generell gilt, dass Abschreibungen auf Betriebs- und Immobilienvermögen einkommensmindernd abgezogen sind.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen erhöhten sich im Jahr 2014 im Vorjahresvergleich um 2,6% auf 504,9 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von 60% sind die Geldleistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen der größte Posten der monetären Sozialleistungen. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich diese Geldleistungen um 2,4%. Fast 85% der gesamten Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen entfallen auf die Auszahlungen der Rentenversicherung. Die Rentenzahlungen stiegen im Jahr 2014 um 2,7%. Mit einem Anteil von gut 7% stehen die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, zu denen sowohl Zahlungen an Arbeitslose (ALG I) als auch Kurzarbeiter- und Konkursausfallgeld gehören, an zweiter Stelle. Gegenüber dem Vorjahr sind diese Zahlungen nahezu unverändert. Die quantitativ weniger gewichtigen Geldleistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Auszahlungen der gesetzlichen Unfallversicherung stiegen zusammen um 1,6%.

Die anderen monetären Sozialleistungen, die zusammen rund 40% der monetären Sozialleistungen ausmachen, erhöhten sich im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2,9%. Zu den anderen Sozialleistungen gehören Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, zu denen die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, Leistungen der Versorgungswerke für ehemals selbstständig Tätige und seit 2009 auch die Geldleistungen privater Krankenkassen zählen, sowie öffentliche Pensionen und Beihilfen. Hinzu kommen staatliche Sozialleistungen wie monetäre Zahlungen der Sozialhilfe, das Kindergeld, das Wohngeld sowie die Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II).

Da die Abgaben auf Sozialleistungen mit +1,5% weniger zulegten als die monetären Sozialleistungen, fiel deren Erhöhung nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mit +2,8% etwas höher aus als vor Abzug dieser Abgaben. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Sozialbeiträge der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung, die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen umfassen die Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und die Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung.

Um zum verf ugbaren Einkommen zu gelangen, sind zudem die per saldo geleisteten sonstigen laufenden Transfers der privaten Haushalte einkommensmindernd abzuziehen. Im Jahr 2014 lagen diese per saldo geleisteten Transfers mit 81,8 Milliarden Euro um 3,2 Milliarden Euro unter dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind die von privaten Haushalten geleistete veranlagte Einkommensteuer sowie die Kapitalertrag- und die Zinsabschlagsteuer. Die Lohnsteuer der Arbeitnehmer wird bereits bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter abgesetzt beziehungsweise die Lohnsteuer auf Pensionen den Abgaben auf Sozialleistungen zugerechnet. In den Saldo fließen auch die  bertragungen privater Haushalte an und aus der übrigen Welt sowie die geleisteten Nettoprämien für Schadensversicherungen abzüglich der empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 12 zeigt ferner die Aufteilung des verf ugbaren Einkommens auf Konsum und Sparen. Mit +2,1 % sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck im Berichtsjahr etwa in gleicher Gr oenordnung gestiegen wie das verf ugbare Einkommen (+2,2 %). Die betrieblichen Versorgungsansprüche legten ebenfalls um 2,1 % zu. In der Folge blieb die Sparquote mit 9,2 % etwa auf dem Vorjahresniveau (9,1 %). Die Sparquote ist der Quotient aus Sparen und verf ugbarem Einkommen, wobei zu beachten ist, dass gemäß dem ESVG 2010 die betrieblichen Versorgungsansprüche Bestandteil des Sparens privater Haushalte sind, jedoch nicht zum verf ugbaren Einkommen privater Haushalte zählen. Lediglich bei der Ermittlung der Sparquote werden die betrieblichen Versorgungsansprüche auch zu dem im Nenner stehenden verf ugbaren Einkommen hinzugezählt. Wie andere Einkommensgr oen auch wird die Sparquote nach Abzug von Abschreibungen ausgewiesen. Im Sektor privater Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck fallen Abschreibungen insbesondere für Wohnimmobilien an. Bezieht man die Abschreibungen in das Einkommen und Sparen mit ein, erhöhen sich beide Gr oen um die Abschreibungen. Die Sparquote vor Abschreibungen – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bruttosparquote bezeichnet – lag im Jahr 2014 bei 16,4 % (2013: 16,3 %).

6

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach ersten Berechnungen wies der Finanzierungssaldo des Staates im Berichtsjahr 2014 einen  berschuss in Höhe von 11,9 Milliarden Euro auf, nachdem im Jahr 2013 bereits ein  berschuss von 4,2 Milliarden Euro erzielt werden konnte. Dabei stiegen die staatlichen Einnahmen mit +3,4 % kräftiger als die staatlichen Ausgaben (+2,8 %). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat insgesamt eine Überschussquote von 0,4 % im Berichtsjahr 2014. [↘ Tabelle 13](#)

Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen erzielte der Bund mit 7,3 Milliarden Euro zum zweiten Mal seit der deutschen Vereinigung einen  berschuss. Zuletzt hatte der Bund im Jahr 2000 einen  berschuss erzielt, allerdings waren damals noch die einmaligen Erlöse für UMTS-Lizenzen in Höhe von 50 Milliarden Euro dafür ausschlaggebend gewesen. Die Länder verzeichneten im Berichtsjahr ein geringes Defizit von 0,5 Milliarden Euro, im Vorjahr war das Defizit mit 2,8 Milliarden Euro noch wesentlich höher gewesen. Die Gemeinden konnten das Jahr 2014 erneut mit einem  berschuss in Höhe von 1,7 Milliarden Euro abschließen, der allerdings deutlich geringer ausfiel als noch ein Jahr zuvor (2013: +5,3 Milliarden Euro). Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherungen war mit 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2014 etwa halb so hoch wie im Vorjahr (2013: +6,1 Milliarden Euro).

Im Jahr 2014 erzielte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 292,0 Milliarden Euro. Das waren 3,4 % mehr als im Vorjahr. Die Steuern, die gut die Hälfte der Einnahmen ausmachen, nahmen um 3,0 % zu. Grundlage hierfür waren vor allem die positive Entwicklung der Binnenkonjunktur sowie die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt. Das Aufkommen an Einkommensteuern erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 3,3 %, wobei sich die Unternehmensteuern unterschiedlich entwickelten: Körperschaftsteuer – 1,4 %, veranlagte Einkommensteuer +4,2 % und Gewerbesteuer +1,3 %. Zudem nahmen die Einnahmen aus der Lohnsteuer (+5,2 %) zu. Gründe hierfür waren die robuste Entwicklung des Arbeitsmarktes, die immer noch deutlichen Lohnzuwächse sowie gewisse Progressionseffekte. Dagegen

Tabelle 13

Einnahmen und Ausgaben des Staates

	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gegenüber 2013
	Mrd. EUR			%
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschließlich Produktion für die Eigenverwendung)	92,0	95,8	101,0	+ 5,4
+ sonstige Subventionen	0,4	0,3	0,3	- 8,7
+ Vermögenseinkommen	21,9	21,3	23,7	+ 11,4
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	619,8	637,9	657,2	+ 3,0
+ Nettosozialbeiträge	454,3	465,4	481,5	+ 3,5
+ sonstige laufende Transfers	18,4	18,4	18,2	- 1,3
+ Vermögenstransfers	11,0	10,4	10,1	- 2,7
= Einnahmen	1 217,8	1 249,4	1 292,0	+ 3,4
Vorleistungen	126,5	131,5	136,6	+ 3,9
+ Arbeitnehmerentgelt	212,7	217,6	223,7	+ 2,8
+ sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	- 7,1
+ Vermögenseinkommen	63,2	56,3	49,8	- 11,6
+ Subventionen	24,4	24,7	26,3	+ 6,5
+ soziale Sachleistungen	215,8	226,9	239,5	+ 5,6
+ monetäre Sozialleistungen	429,7	439,9	452,2	+ 2,8
+ sonstige laufende Transfers	54,5	62,0	65,1	+ 4,9
+ Vermögenstransfers	27,7	24,8	22,8	- 8,0
+ Bruttoinvestitionen	62,1	62,8	65,3	+ 4,1
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	X
= Ausgaben	1 215,2	1 245,3	1 280,0	+ 2,8
	Mrd. EUR			
Finanzierungssaldo	+ 2,6	+ 4,2	+ 11,9	+ 7,8

gingen die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer kräftig zurück (- 4,4 %), insbesondere wegen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten und der vergleichsweise geringen Ausschüttungen seitens der Kapitalgesellschaften im Jahr 2014. Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben erhöhten sich im Jahr 2014 um 2,8%. Dabei verzeichneten die Gütersteuern, vor allem gestützt vom privaten Konsum, einen Anstieg um rund 2,7%. Die Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion und die Nettosozialbeiträge nahmen mit + 5,4% beziehungsweise + 3,5% kräftig zu. Letzteres lag wie schon in den Vorjahren an einer weiterhin freundlichen Entwicklung am Arbeitsmarkt, an der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und an höheren Tarifabschlüssen. Am deutlichsten erhöhten sich jedoch die Einnahmen des Staates aufgrund der empfangenen Vermögenseinkommen (+ 11,4%). Ursache hierfür waren die empfangenen Ausschüttungen (+ 56,4%). So zahlte die Deutsche Bundesbank an den Bund 4,0 Milliarden

Euro mehr als noch im Vorjahr. Dagegen waren die sonstigen laufenden Transfers (- 1,3%) und die Vermögenstransfers (- 2,7%) rückläufig.

Die Ausgaben des Staates im Jahr 2014 beliefen sich auf 1 280,0 Milliarden Euro und erhöhten sich um 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Die sozialen Sachleistungen stiegen kräftig (um 5,6%), unter anderem, weil die Ausgaben für Medikamente stark anstiegen – insbesondere, da Ende 2013 befristete erhöhte Herstellerrabatte für patentgeschützte Arzneimittel ausliefen. Daneben stiegen die Ausgaben für Krankenhausleistungen ebenfalls deutlich an und die Honorare der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte wurden im Jahr 2014 spürbar erhöht. Auch bei den anderen großen Ausgabekategorien stiegen die Ausgaben im Jahr 2014, beispielsweise die Vorleistungen um + 3,9%. Das Arbeitnehmerentgelt verzeichnete einen Zuwachs von + 2,8%. Dies lag unter anderem daran, dass der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst eine Entgelterhöhung von mindestens

90 Euro je Monat ergab, wovon insbesondere die bei den Gemeinden stark vertretenen unteren Entgeltgruppen überproportional profitierten.

Die monetären Sozialleistungen erhöhten sich mit 2,8% vergleichsweise moderat, nahmen allerdings stärker als noch in den Vorjahren zu. Ursache hierfür war die Entwicklung der Renten (+2,8%), deren Anteil an den monetären Sozialleistungen bei mehr als der Hälfte liegt. Hier macht sich das zum 1. Juli 2014 eingeführte Rentenpaket 2014, bestehend aus der Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren, der sogenannten Mütterrente und den erhöhten Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente, nach und nach bemerkbar. Daneben kam es zu einer generellen Rentenanpassung zum Stichtag 1. Juli 2014. Die öffentlichen Pensionen nahmen um 5,1% zu, was sowohl auf eine gestiegene Zahl an Pensionären als auch auf eine Anhebung der Pensionen zurückzuführen ist. Die im Jahresdurchschnitt 2014 leicht gesunkenen Arbeitslosenzahlen dämpften den Anstieg von ALG-I-Ausgaben (+0,8%) und von ALG-II-Zahlungen (+1,3%). Die Ausgaben für das Kindergeld gingen zurück (-1,2%). Die Bruttoinvestitionen (+4,1%) stiegen kräftig an, weil die relativ günstige Entwicklung der öffentlichen Haushalte genutzt wurde, um unter anderem in die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur zu investieren. Zudem dürften auch weiterhin Ausgaben getätigt worden sein, die im Zusammenhang mit der Beseitigung von Flutschäden aus dem Jahr 2013 stehen. Die Subventionen (+6,5%) und die sonstigen laufenden Transfers (+4,9%) wuchsen kräftig. Dagegen gingen die Vermögenstransfers (-8,0%) stark zurück. Neben einem Basiseffekt bei den Ländern ist dies teilweise auf den Abbau der Eigenheimzulage zurückzuführen, die seit dem 1. Januar 2006 nicht mehr neu gewährt wird und nach und nach ausläuft. Deutlich rückläufig waren außerdem die Ausgaben des Staates für zu zahlende Zinsen (-11,6%), was im Zusammenhang mit den gesunkenen Zinsen für deutsche Staatsanleihen zu sehen ist.

7

Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht: beispielsweise in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online (www-genesis.destatis.de) sowie in ausgewählten Tabellen auf der Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und kommentiert und das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

So wurde auch in diesem Jahr das erste, vorläufige Jahresergebnis für das Jahr 2014 bereits am 15. Januar 2015 im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals publiziert, also jeweils Mitte Mai (1. Quartal), Mitte August (2. Quartal), Mitte November (3. Quartal) und Mitte Februar (4. Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung vorangegangener Quartale. Darüber hinaus werden im August üblicherweise die vier zurückliegenden Jahre einschließlich der dazugehörigen Quartale revidiert (sogenannte laufende Revisionen).

8


Fazit

Wie in jedem Jahr hat das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres gegeben. Die deutsche Wirtschaft war im Jahr 2014 trotz des

weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds und der geopolitischen Krisen in einer soliden Verfassung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach ersten Berechnungen um 1,5% höher als im Vorjahr, kalenderbereinigt lag die Wachstumsrate ebenfalls bei 1,5%. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2014 von rund 42,7 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 371 000 Personen oder 0,9% mehr als ein Jahr zuvor. Damit gab es bereits das achte Jahr in Folge einen neuen Höchststand bei der Zahl der Erwerbstätigen. Zugleich nahm die Zahl der durchschnittlich je Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden um 0,5% zu, sodass sich das Arbeitsvolumen insgesamt um 1,4% erhöhte. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, ist im Jahr 2014 damit geringfügig um 0,1% gestiegen, je Erwerbstätigen gerechnet hat sie im vergangenen Jahr stärker zugenommen, und zwar um 0,6%. Die Zahl der Erwerbslosen (internationale Abgrenzung) ging 2014 nach Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung um 77 000 Personen oder 3,5% auf rund 2,1 Millionen Personen zurück.

Die Ergebnisse der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts zeigen, dass zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2014 sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt beigetragen haben, und zwar jeweils mit einer preisbereinigten Wachstumsrate von 1,4%. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes kam es – nach einem zum Teil witterungsbedingten sehr guten ersten Quartal 2014 – im Baugewerbe zu einem Anstieg der wirtschaftlichen Leistung um 2,7%. Im stark exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe stieg die Bruttowertschöpfung trotz einer leichten Schwächephase in den Sommermonaten um 2,0%. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1%, die des Staates um 1,0%. Ebenfalls stiegen die Investitionen: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,7% mehr in Ausrüstungen als ein Jahr zuvor. Auch die preisbereinigten Bauinvestitionen nahmen zu, und zwar um 3,4%. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds wieder etwas an Dynamik: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistun-

gen waren um 3,7% höher als im Vorjahr. Die Importe legten allerdings fast genauso stark zu (+3,3%).

In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 mit 2 903 Milliarden Euro um 3,3% höher als im Vorjahr. Das Bruttonationaleinkommen erhöhte sich mit 3,2% in ähnlicher Größenordnung auf 2 975 Milliarden Euro. Das Volkseinkommen ist im Jahr 2014 um 3,6% auf 2 176 Milliarden Euro gestiegen. Das Arbeitnehmerentgelt der Inländer erhöhte sich gegenüber 2013 um 3,7%. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen im selben Zeitraum nach vorläufigen Berechnungen um 3,4%. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, war demzufolge im Vorjahresvergleich nahezu unverändert und lag bei 68,1%. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2014 um 2,2% zu und belief sich auf 1 719 Milliarden Euro. Die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen mit +2,1% fast genauso stark wie das Einkommen. Die Sparquote der privaten Haushalte lag im Jahr 2014 bei 9,2% und damit ähnlich niedrig wie im Vorjahr. Die Staatshaushalte waren im Jahr 2014 weiter auf Konsolidierungskurs. Der Staatssektor beendete das Jahr nach noch vorläufigen Berechnungen mit einem leichten Finanzierungsüberschuss, was einer Überschussquote von 0,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht. 

LITERATURVERZEICHNIS

Adler, Walther/G uhler, Nadine/Oltmanns, Erich/Schmidt, Daniel/Schmidt, Pascal/Schulz, Ingeborg. *Forschung und Entwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. In: *Wirtschaft und Statistik* 12/2014, Seite 703 ff.

R ath, Norbert/Braakmann, Albert. *Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 f ur den Zeitraum 1991 bis 2014*. In: *Wirtschaft und Statistik* 9/2014, Seite 502 ff.

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes
Redaktionsleitung: Kerstin Hänsel
Redaktion: Ellen Römer

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge

zweimonatlich, erschienen im Februar 2015
Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter www.destatis.de/publikationen

Print

Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)
Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)
Bestellnummer: 1010200-15001-1
ISSN 0043-6143
ISBN 978-3-8246-1030-3

Download (PDF)

Artikelnummer: 1010200-15001-4, ISSN 1619-2907

Vertriebspartner

IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43
Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19
destatis@ibro.de

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.